

Gemeinsamer Änderungsantrag
der Fraktionen von CDU/FDP, B90/Die Grünen, SPD, Marburger Linke, Klimaliste
Marburg sowie der BfM, der Piratenpartei und des Stadtverordneten Götting

zum

Antrag der AfD betr. Sachbeschädigung bei AfD-Vertretern
(VO/0321/2021)

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung der Universitätsstadt Marburg erneuert die Marburger Erklärung gegen Gewalt aus dem Jahre 2014.

Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich entschieden gegen Gewalt sowie deren Androhung aus.

Jeder Mensch muss vor widerrechtlicher Gewalt und gesellschaftlicher Ausgrenzung, wie beispielsweise durch Mobbing geschützt werden. Niemand darf aufgrund des Geschlechts, der Herkunft, der sexuellen Orientierung, einer Behinderung oder wegen religiöser und weltanschaulicher Bekenntnisse ausgeschlossen, bedroht oder gewalttätig angegriffen werden.

Gewalt ist in keiner Form akzeptabel.

Die Stadtverordnetenversammlung unterstützt Maßnahmen, die

- Entstehung von Gewalt verhindern,
- Zivilcourage fördern, damit Gewalt erkannt wird und nicht unbeachtet bleibt,
- die Einhaltung sozialer Normen festigen,
- Opfern von Gewalt bei der Bewältigung des erfahrenen Unrechts helfen und
- zur gesellschaftlichen Wiedereingliederung von Gewalttäterinnen und -tätern beitragen.

Gemeinsam spricht sich die Stadtverordnetenversammlung für den Erhalt und eine gezielte Weiterentwicklung geeigneter Gewaltpräventionsmaßnahmen in unserer Stadt aus.

Die Marburger Stadtverordnetenversammlung bezieht klar Stellung gegen Gewalt in jeder Form.

Begründung:

Erfolgt mündlich durch die Stadtverordnetenvorsteherin.

Jens Seipp

Andrea Suntheim-Pichler

Christian Schmidt

Steffen Rink

Renate Bastian

Isabella Aberle

Dietmar Göttling

Dr. Michael Weber